

Demokratie braucht Bewegung. Demokratie braucht Öffentlichkeit. Doch ähnlich wie bei der politischen Instrumentalisierung der Bedrohung durch „Terror“ werden jetzt die Grundrechte wegen „Corona“ eingeschränkt. Wie kann es gelingen, in unserer weiteren Arbeit den engen Zusammenhang von sozialen und politischen Grund- und Freiheitsrechten stärker zusammenzubringen?

**Kurzreferat von Florian Muhl im Rahmen der Diskussionsveranstaltung
„Quo vadis, DIE LINKE? – Aufgaben für die LINKE 2021“ am 21.01.2021**

Der Bürgerrechtler und Anwalt Rolf Gössner forderte im vergangenen Jahr dazu auf, dass „wir die alptramhafte Situation im Gefolge des neuartigen Corona-Virus und der rigorosen Abwehrmaßnahmen kritisch hinterfragen [sollten] sowie auf Verhältnis- und Verfassungsmäßigkeit überprüfen – gerade in Zeiten dirigistischer staatlicher Maßnahmen, gerade in Zeiten allgemeiner Unsicherheit, Angst und Anpassung, wie sie immer noch zu verzeichnen sind. [...] Bei so viel immunschwächender, auch leicht manipulierbarer Angst und selten erlebter Eintracht waren und sind weiterhin Skepsis und kritisch-konstruktives Hinterfragen vermeintlicher Gewissheiten und autoritärer Verordnungen nicht nur angezeigt, sondern dringend geboten.“¹

Das gilt auch zu Beginn des Jahres 2021 weiterhin.

Zum Verhältnis von sozialen und politischen Grund- und Freiheitsrechten und ihrer Realisierung

Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat in die Krise geführt, in der wir uns jetzt befinden und zwar mindestens unter folgenden drei Aspekten:

1. Sie hat die tiefe Wirtschaftskrise wesentlich mit hervorgebracht, die sich bereits Ende 2019 abzeichnete.²
2. Mit der industriellen Massentierhaltung und der immer aggressiveren Ausbeutung der Natur hat sie die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass neue schnell Viren entstehen und sich schnell verbreiten.³
3. Die Privatisierungspolitik ist dafür verantwortlich, dass
 - a) die nötigen Pläne für ein sinnvolles Agieren bei Auftreten eines Virus wie dem aktuellen SARS-Virus nicht existierten (da war man in anderen Ländern weiter und hätte man auch hier weiter sein können⁴) und
 - b) die für die Bekämpfung einer Pandemie nötige Infrastruktur nicht vorhanden war und vielfach noch immer nicht ist: schlecht ausgestattete Gesundheitsämter, kein Vorrat an Atemgeräten und Atemschutzmasken, profitorientiert wirtschaftende Krankenhäuser, Mangel an Pflegekräften und schlechte Bezahlung...

Was die sozialen Grundrechte wie etwa das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben, das Recht auf Gesundheitsfürsorge, das Recht auf Wohnung und das Recht auf unverschmutzte Umwelt anbelangt, ist ihre Realisierung durch die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte massiv behindert worden.

Es gilt: Soziale Grundrechte sind fortgesetzt Gegenstand politischer Auseinandersetzung und es ist keineswegs so, dass die Regierenden einfach sagen können, wie die Verfassung auszulegen ist. Wie Norman Paech in seinem Referat zur „Geschichte und Aktualität der Grundrechte“ am 9. Mai 2020 ausführte: „Verfassungsfragen sind Machtfragen“.⁵

¹ Gössner, Rolf (2020): *Menschenrechte und Demokratie im Ausnahmezustand. Gedanken und Thesen zum Corona-Lockdown, zu "neuer Normalität" und den Folgen*. In Auszügen auch hier: <https://www.heise.de/tp/features/Menschenrechte-Demokratie-und-Diskussionskultur-im-Ausnahmezustand-5000094.html?seite=all>

² Vgl. <https://whos-saving-whom.org/index.php/de/>

³ Vgl. Rengeling, David (2020): *Die Corona-Pandemie 2020 – über eine allumfassende Prävention hinaus*. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC7203714/>

⁴ Vgl. Risikoanalyse Bevölkerungsschutz Bund - Pandemie durch Virus „Modi-SARS“ (2013), <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf>, S. 55-88

⁵ vgl. den Vortrag von Prof. Dr. Norman Paech: „Geschichte und Aktualität der Grundrechte“ <https://www.youtube.com/watch?v=idtiC-5sePw> und die Ausführungen zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes und die Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat

Zur aktuellen Lage:

Die Militärausgaben werden dramatisch erhöht und Großkonzernen Abermilliarden Euro öffentlicher Gelder zugeschoben, während die Prekarität vieler Menschen infolge der Lockdown-Politik durch Kurzarbeit, Jobverlust und Quasi-Berufsverbote zunimmt. Zudem wird durch die drohende Abwälzung der Krisenkosten auf die große Mehrheit der Bevölkerung die Realisierung der sozialen Grundrechte weiter hintertrieben.

Zeitgleich findet eine Entmachtung der Parlamente statt: Die repressiven Maßnahmen, die vor dem Hintergrund der COVID19-Pandemie erlassen wurden (Kontaktbeschränkungen, Ausgangs- und Besuchsverbote, Theater- und Restaurantschließungen etc.) und die tief in die Grundrechte eingreifen sowie schwerwiegende gesellschaftliche, soziale und psychologische Folgen haben, wurden nicht vom Bundestag oder einem Landesparlament beschlossen.

Mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes durch den Bundestag wurde zwischenzeitlich sogar eine Rechtslage geschaffen, die es ermöglicht, ohne Beteiligung des Parlaments schwerwiegende Eingriffe in so ziemlich alle Grundrechte wie das der Versammlungsfreiheit vorzunehmen und zwar auf Grundlage von untauglichen, nicht repräsentativen Daten wie dem sog. Inzidenzwert, also der Zahl der gemeldeten Infektionen.⁶

Was braucht es also, um soziale und politische Grund- und Freiheitsrechten nicht gegeneinander auszuspielen, wie es derzeit vielfach geschieht?

Es braucht einen grundlegenden Politikwechsel – für die Leute, von den Leuten und durch die Leute. Ob es gelingt, diesen durchzusetzen, ist abhängig von der politischen Organisation *der* Kräfte, die sich dafür engagieren. Die linken Kräfte in dieser Gesellschaft müssen die Grundrechte, bspw. als Partei, wahrnehmen um die sozialen Grundrechte zu erstreiten.

Dafür braucht es *subito* den Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes. (Der Umstand, dass immer noch keine repräsentativen Daten zur Verbreitung und Ausbreitung des Corona-Virus vorliegen, ist nicht zuletzt ein Ergebnis der Kürzungen in diesem Bereich.) Es braucht die Rekommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie die Beendigung des profitorientierten Wirtschaftens in diesen Bereichen. Es braucht mehr Personal im Krankenhaus bei mehr Mitbestimmung und besserer Bezahlung. Das Menschenrecht auf Wohnen muss durchgesetzt werden: Hotels müssen geöffnet, Leerstand enteignet und Sozialwohnungen geschaffen werden.

Eine grundlegende Voraussetzung für das Gelingen dessen ist jedoch, dass die Grundrechte von der Last der Angst befreit werden. Und auch *wir*, als gesellschaftliche Linke und als Partei, müssen uns von der Last der Angst befreien (mit der politisch bewusst gearbeitet wird) um die Grundrechte einerseits wahrzunehmen und sie andererseits zu erkämpfen – wegen und trotz der Pandemie.

Dafür müssen wir uns als Partei und darüber hinaus organisieren – und zwar jetzt!

⁶ Vgl. zur Kritik daran Schrappe, Matthias et al. (2020): Die Pandemie durch SARS-CoV-2/CoViD-19 - Zur Notwendigkeit eines Strategiewechsels, Thesenpapier 6.10, http://www.matthias.schrappe.com/index_htm_files/Thesenpap6_201122_endfass.pdf S. 15 ff.